

Antrag an den Kreisvorstand Charlottenburg-Wilmersdorf

Antragstellerin: Jana Brix

Gegen Rassismus, Diskriminierung und rechten Terror: Enquete-Kommission zu Berliner Behörden und Verwaltung

Der NSU war kein Einzelfall. Dies hat uns vor einem halben Jahr der rechte Terror in Hanau, dem zu viele Menschen zum Opfer fielen, schmerzlich vor Augen geführt. Nur wenige Tage zuvor wurde das bundesweit agierende rechtsextreme Netzwerk, die sogenannte „Gruppe S“, überführt. Auch sie planten Morde und Gewalttaten. Der sogenannte „NSU 2.0“ nimmt die Morde des NSU als Vorbild und versendet Morddrohungen an Politiker*innen und zivilgesellschaftliche Akteur*innen. Von rechtsextremen Gruppierungen und Einzelpersonen, die Unterstützung in Wort und Tat finden, geht fortwährend eine große Bedrohung aus. Konkret richten sie sich gegen marginalisierte Gruppen, zivilgesellschaftliche Akteur*innen, Politiker*innen und Journalist*innen. Sie zielen darauf ab, unser demokratisches Gemeinwesen zu untergraben, auszuhöhlen und abzuschaffen. Besorgniserregend ist vor allem die Verharmlosung des Gefährdungspotenzials und die wiederkehrende Verstrickung zwischen Mitarbeiter*innen von Sicherheitsbehörden auf der einen und rechtsextremen Gruppierungen auf der anderen Seite, wie im Fall eines Berliner Polizeikommissars öffentlich wurde, der mutmaßlich Dienstgeheimnisse an Rechtsextreme – u.a. an einen der Hauptverdächtigen der Rechten Terrorserie in Neukölln – weitergab. Die Auftritte einzelner Polizeibeamt*innen als Redner*innen bei den zum Teil von gewaltbereiten Rechtsextremen organisierten und besuchten Kundengebungen am 29.08. in Berlin fügen sich ebenfalls in dieses Bild. Die gewaltvollen Auseinandersetzungen mit der Polizei am Rande der Black Lives Matter-Demonstration am Alexanderplatz schüren das Misstrauen insbesondere von Schwarzen Personen und People of Color gegenüber den Sicherheitsbehörden weiter und zeigen: rassistische Polizeigewalt ist keine US-amerikanische Eigenheit, sondern auch in Berlin ein Problem. Jugendliche mit Rassismuserfahrungen sind nach Angaben der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus, ReachOut und der Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt dabei besonders oft Opfer von Racial Profiling und rassistischer Polizeigewalt.

Rechter Terror und Angriffe in Berlin

Auch in Berlin geht von Neonazis und Rechtsextremen Gewalt aus, die Erhebungen der bezirklichen Berliner Registerstellen zeigen: in jedem Bezirk müssen marginalisierte Gruppen mit Angriffen rechnen. Im Besonderen die Neuköllner Zivilgesellschaft sieht sich seit Jahren dieser Bedrohung ausgesetzt. Alleine zwischen Mai 2016 und März 2019 zählte die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Neukölln 55 Anschläge, die von Sachbeschädigung über persönliche Bedrohung bis hin zu lebensgefährdender Brandstiftung reichten. Durch die bisher erfolglosen Ermittlungen zur rechtsextremistischen Gewalt-Serie in Neukölln gibt es nachvollziehbare Befürchtungen, dass es Personen in den Sicherheitsbehörden gibt, die die Täter*innen und deren Taten schützen.

In Charlottenburg-Wilmersdorf wurden im Jahr 2019 17 Angriffe, 16 Sachbeschädigungen und 46 Bedrohungen bzw. Beleidigungen verzeichnet. Rassistisch motivierte Vorfälle sind mit 82 Vorfällen weiter auf einem hohen Niveau. In unserem Bezirk fanden 35 Veranstaltungen mit extrem rechtem Hintergrund statt. Wir verzeichnen einen Anstieg rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Propaganda. Zuletzt sind vermehrt Sticker mit rechten und diskriminierenden Botschaften im Bezirk aufgefallen. Die Zahl der LGBTIQ*-feindlichen Angriffe hat sich im Vergleich zum Vorjahre versechsfacht. Charlottenburg-Wilmersdorf ist ein wichtiger Stützpunkt für Rechtsextreme, die ein

„bürgerliches Image“ wahren und damit anschlussfähig an die bürgerliche Mitte bleiben wollen. Mehrere Einrichtungen und Treffpunkte dieser Rechten wie die Bibliothek des Konservatismus befinden sich in unserem Bezirk. Wir stellen uns klar gegen jegliche Form von rechtsextremer und diskriminierender Gewalt und Propaganda – egal welchen Anstrich sich die Täter*innen geben wollen!

Rechte Strukturen und Diskriminierung in den Berliner Behörden

Die Berliner Polizei ist ein wichtiger Akteur, um die Offenheit unserer Stadt sowie die Freiheit und Sicherheit aller Berliner*innen zu garantieren. Wir nehmen zur Kenntnis, dass verfassungsfeindliche Vorkommnisse in der Berliner Polizeibehörde endlich systematisch erfasst werden. Wir begrüßen außerdem, dass die Grüne Forderung nach der Einrichtung einer*ines unabhängigen Bürger- und Polizeibeauftragten endlich erfüllt wird. Diese Stelle wird ein wichtiger Anlaufpunkt für Bürger*innen sowie für Polizist*innen. Sie kann besonders Beamt*innen dabei unterstützen, etwaige rechte Aktivitäten und Strukturen in ihren eigenen Reihen zu melden und einer unabhängigen Untersuchung zuzuführen. Die genannten Maßnahmen sind erste Schritte, um das Vertrauen der Berliner*innen in die Sicherheitsbehörden zurückzugewinnen. Darüber hinaus erwarten wir, dass Polizei und Verwaltung systematisch und transparent durchleuchtet werden. Es darf in Zukunft kein Behördenversagen die lückenlose Aufklärung von rechter Gewalt verhindern! Die Bildung potentieller rechter Strukturen und Netzwerke in den dortigen Reihen ist zu unterbinden. Wir erkennen an, dass der rechte Terror auch die Folge rassistischer Kontinuitäten ist, die von der Politik und Gesellschaft zu lange ignoriert worden sind. Wir verurteilen, dass viele Berliner*innen in ihrem Alltag regelmäßig aufgrund unterschiedlicher Zuschreibungen Diskriminierung ausgesetzt sind. Und dies leider auch durch staatliche Stellen in der Berliner Verwaltung. Das von uns vorangetriebene und endlich beschlossene Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) ist ein wichtiger Baustein, um dem entgegenzuwirken und Berliner*innen vor Diskriminierung zu schützen. Wir kritisieren das Ausmaß an Falschdarstellungen und Fehlinformationen über das Gesetz, insbesondere durch einzelne Vertreter*innen der Polizeigewerkschaften. Und ergänzend zum Beschluss des LADG gilt: Wir müssen proaktiv und systematisch diskriminierende Strukturen in den Berliner Institutionen und in der Verwaltung erkennen und diese abbauen.

Enquete-Kommission einrichten: Aufklären und neues Vertrauen schaffen

Aus diesem Grund fordern wir die Einrichtung einer parlamentarischen Enquete-Kommission, die über den begrenzten Bereich der Sicherheitsbehörden hinaus auch systematisch diskriminierende Strukturen und Ausschlussmechanismen in der Berliner Landesverwaltung untersucht. Durch die Beteiligung von Vertreter*innen der Zivilgesellschaft als Sachverständige, ist diese besonders geeignet, eine kritische Bestandsaufnahme und Analyse sowie ein transparentes Verfahren zu ermöglichen. Die Kommission soll mindestens die folgenden Aufgaben erfüllen:

- Rassistische bzw. diskriminierende Strukturen in der Berliner Verwaltung identifizieren und institutionelle und zivilgesellschaftliche Handlungsempfehlungen erarbeiten, um diese abzubauen. Diese Handlungsempfehlungen müssen insbesondere darauf abstellen, Bürger*innen und Mitarbeiter*innen wirksam vor Diskriminierung zu schützen. Kriterien für verbindliche Beschwerdeverfahren und -stellen bei Rassismus und Diskriminierung müssen entwickelt werden,

spezifische Diversitäts- und Antidiskriminierungsstrategien implementiert, diskriminierungskritische Organisationsuntersuchungen eingeleitet werden. Besonders in den Blick zu nehmen sind vulnerable Gruppen und deren Schutz und Empowerment. Systematisch sollten dabei unter anderem Institutionen und Bereiche untersucht werden, in denen Diskriminierung besonders häufig auftritt. Hierzu zählen u.a. Schulen, Hochschulen, Sozialbehörden, Justiz -und Sicherheitsbehörden sowie die Einwanderungsbehörde.

- Rechte und diskriminierende Strukturen in Berliner Sicherheitsbehörden sollen identifiziert werden, die „Racial Profiling“, Rassismus und andere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit befördern. Institutionelle und zivilgesellschaftliche Handlungsempfehlungen sollen erarbeitet werden, um diese abzubauen. Dabei sollen insbesondere die Polizeiaus- und weiterbildung, polizeiliche Richtlinien, Anweisungen sowie die behördliche Organisationsstruktur bei Sicherheitsbehörden und Justiz untersucht werden.